
Berichte aus Peru

Herausgeber Gruppe Arbeiterpolitik

DM -,50



Bericht aus Reque	Seite 2
Spendenaufruf	Seite 3
Bericht über die gegenwärtige Lage	Seite 3
1. Allgemeine Situation	Seite 3
2. Regierungswechsel Valesco/ Morales Bermudez	Seite 6
3. Reaktionen in der Arbeiterklasse	Seite 7
4. Die Situation auf dem Lande	Seite 8
Brief aus Peru	Seite 10

Das von Freunden und Lesern der Arbeiterpolitik bekundete Interesse, die peruanischen Bauern zu unterstützen, und das Interesse nach weiteren aktuellen Informationen aus Peru ist uns Anlaß, in der vorliegenden Art Informationen und Berichte aus Peru so schnell wie möglich unseren Freunden zugänglich zu machen. Aufbauend auf den Artikeln der Arbeiterpolitik-Sonderausgabe über Peru werden wir jeweils nach Erhalt solcher Informationen diese aktuellen Berichte verbreiten.

Wir möchten euch bitten, zur Deckung unserer eigenen Kosten (Papier/Porto) beizutragen, damit diese Berichterstattung weiterhin möglich ist. Den Erlös dieser ersten Ausgabe werden wir ebenso wie den Erlös der Sonderausgabe über Peru zur materiellen Unterstützung der Bauern in Peru verwenden.

Anfragen und schriftliche Angebote von Sachspenden für Peru schickt bitte an die Redaktionsanschrift der Arbeiterpolitik unter dem Stichwort "Peru-Kommission", damit alles schnellstens an die Genossen weitergeleitet wird, die von der Gruppe damit beauftragt sind.

Bericht aus Reque

Da Reque mit der Wasserentnahme aus dem Kanal ohne Genehmigung begonnen hatte, sollte die Dorfgemeinschaft 50 000 Soles Strafe bezahlen. Daraufhin wurde eine Protestveranstaltung vor dem Rathaus in Chiclayo veranstaltet, die dazu führte, daß die Strafverfügung zurückgenommen wurde. Trotzdem gibt es jedesmal neue Schwierigkeiten bei der Beschaffung der notwendigen Wassermenge für die Aussaat. Die Bewässerungsfrage ist also nach wie vor das Hauptproblem. Inzwischen wurde ein Plan zum Bau eines Kanals für 3 000 Soles ausgearbeitet. Die Wasserpumpe kann jedoch nur mit finanzieller Hilfe von außerhalb beschafft werden, da die Erträge des bearbeiteten Bodens (pro Familie weniger als 1/2 ha) gerade zum Leben ausreichen, keinesfalls aber die Lage irgendwie verbessern oder auch nur stabilisieren können.

Wie der größte Teil der Bevölkerung Perus haben auch die Bewohner Reques sehr unter den Preissteigerungen zu leiden, die für die von ihnen benötigten Eisenwerkzeuge, Dünger, Insektenvertilgungsmittel sowie für das Ausleihen von Maschinen fast 100 % betragen. Die 4 am Anfang eingerichteten Produktionseinheiten, die kollektiv bearbeitet werden, bestehen immer noch, die Requer sind sich darüber bewußt, wie wichtig es ist, für den Kampf vereint zu bleiben. Aufgrund der äußerst schwierigen ökonomischen Situation haben aber inzwischen einige angefangen, innerhalb der Unidades Parzellen zu bilden, um sich eventuell nebenher noch anderen Tätigkeiten widmen zu können.

Die Landbesetzung hat auch auf andere Bereiche innerhalb der Comunidad Auswirkungen gezeigt. So hat die Fedecal, die die Landbesetzungen organisierte, zur Gründung einer Gewerkschaft der Müllarbeiter von Reque beigetragen. Außerdem hat sich die Schülerschaft von Reque organisiert. Geldspenden für Kirchenfeste wurden umgeleitet in Spenden zugunsten bestimmter Projekte für die Dorfgemeinschaft von Reque.

Die Fedecal hat auch mit Erfolg Lohnbewegungen in den kleineren CAPs von Lambayeque eingeleitet. Die Organisation der Bauernschaft im gesamten Tal von Zana steht bevor. Teilweise hat die Bewegung in diesem Gebiet aber auch Rückschläge erleiden müssen. Andere Landbesetzungen im Tal von Zana waren zunächst erfolgreich, wurden dann aber von Großgrundbesitzern und Polizei gewaltsam niedergedrückt, Häuser und Ernte wurden ihnen verbrannt.

Weiterhin hat die Fedecal kürzlich einen Streik der Rentados von Pomalca mitorganisiert. Die Rentados von Pomalca sind Zuckerrohrschneider, denen seit Jahren die Mitgliedschaft in der CAP in Aussicht gestellt wurde, die aber bis heute immer noch auf ihre Aufnahme warten.

Aufruf zur Kleiderspende für die Bauern von Reque

Es werden insbesondere Schuhe (möglichst unter Größe 44) benötigt: Flache Absätze, da in der Campesina keine befestigten Wege existieren und die Frauen und Männer Lasten transportieren müssen.

Es werden ferner benötigt: Wolldecken, Hosen, Oberhemden, weite Röcke, Blusen, Pullover, Kinderkleidung, Jacken.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann, 28 Bremen, Admiralstr.139
Herstellung und Vertrieb:
Margret Kuhlmann, 28 Bremen, Postfach 1641
Konten: Sparkasse in Bremen, Nr. 1146 1423
und Postscheckkonto Hamburg 357994-205

Die Kleiderspende ist bis jetzt gut ange-
laufen, so daß wir unsere Freunde bitten
möchten, die Bereitstellung der Sachspen-
den auf einen längeren Zeitraum zu ver-
teilen, damit wir mit der Verschickung
nachkommen können.

Spendenaufruf

zugunsten der kämpfenden Bauern in Peru

An der peruanischen Nordküste, nahe der Stadt Chiclayo (und der Kooperative Tumán) liegt die indianische Dorfge-meinschaft (Comunidad Campesina) San Martín de Reque. Wie die meisten peruanischen Dorfgemeinschaften ist sie aus einer der schon in vorinkaischer Zeit entstandenen Lebens- und Arbeitskollektive hervorgegangen. Ihre Geschichte ist die Geschichte der ständigen Verdrängung und des Verlustes ihres gemeinschaftlich bebauten Bodens. Zuerst waren es die spanischen Kolonialherren, dann die traditionellen mittleren und großen Hacendados, die Kirche und seit der Jahrhundertwende vor allem die übermächtigen Zuckerhazierenden. Da die Comunidad zudem im Einzugsgebiet der Großstadt Chiclayo liegt, wurde ein Teil ihrer Ländereien dem Wildwuchs der Slumviertel preisgegeben; auf einem anderen Teil wurde der Flughafen von Chiclayo errichtet.

Viele der Bewohner sind keine Bauern mehr, sondern sind Arbeiter, Handwerker, Kleingewerbetreibende. Gemessen an der noch verbliebenen Landfläche ist der bäuerliche Teil der Bevölkerung jedoch ständig gewachsen. Da dieser Teil der Bevölkerung wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der unterentwickelten Industrie außerhalb der Dorfgemeinschaft keine Arbeit findet, steht sie vor dem Problem: immer weniger Land für immer mehr Menschen.

In jüngster Zeit hat sich diese Situation durch die Agrarreform von 1969 weiter zugespitzt. Durch die Agrarreform erfolgte die Umverteilung des Großgrundbesitzes von der landbesitzenden Oligarchie auf die neugegründeten Kooperativen, die von den festangestellten Arbeitern der früheren Hacienden gebildet worden sind. Die Bewohner der Dorfgemeinschaften gingen dagegen leer aus. Seit ihrer Anerkennung als Dorfgemeinschaft im Jahre 1949 kämpft die Comunidad von Reque um ein 3000 ha großes Gebiet, das ihr von der Kirche geraubt worden war und im Besitz des Bischofs von Chiclayo gewesen ist. Nach der Agrarreform erhob die Comunidad daher Anspruch auf dieses Gebiet mit dem Namen »Monte Grande«. Die Agrarreformbehörden hatten jedoch andere Pläne und übertrugen das Land an die neugebildete Kooperative Chacupe. Diese Kooperative ließ die Ländereien in Monte Grande mehr als zwei Jahre unbebaut, weil sich eine Bearbeitung für sie nicht lohnte. Für die Bauern von Reque, die sich auf der restlichen Fläche drängten und um ihre Existenz kämpften, war das eine Provokation.

Nach drei Jahren der Diskussion und Vorbereitung besetzten die Bauern von Reque daher am 7. Februar 1974 das Gebiet

von Monte Grande. Der Staat versuchte zu Anfang die Bewohner durch Einschüchterungen und Pressionen zur Rücknahme der Besetzung zu bewegen. Führende Männer der Dorfgemeinschaft wurden gefangengenommen, teilweise sogar gefoltert. Die Bauern waren auf diesen Angriff jedoch vorbereitet und hatten die umliegenden Dorfgemeinschaften rechtzeitig in ihren Kampf mit einbezogen. Sogar aus den benachbarten Elendsvierteln wuchs die Unterstützung täglich an. Die Regierung versuchte schließlich die Bauern durch Sperrung des Wassers – ohne Wasser ist ein Anbau nicht möglich – zum Rückzug zu zwingen. Dennoch gelang den Besetzern im September 1974 ein Teilerfolg. Sie dürfen monatlich 48 Stunden lang Wasser aus dem Hauptkanal entnehmen. Dies reicht aber nur für die Bewässerung von ca. 40 ha Boden. Das Ziel der Bauern ist es aber, mindestens 400 ha des nutzbaren Bodens von Monte Grande zu bebauen.

Die Bauern haben dieses Land nicht individuell aufgeteilt, sondern vier Produktionseinheiten (Unidades de Producción) gebildet, die den Anbau gemeinsam planen und durchführen. Sie haben große Anfangsschwierigkeiten überwunden, indem sie sich Getreide und Transportmittel zusammenliehen.

Die Hauptschwierigkeit bleibt die Beschaffung von Wasser, ohne daß sie die bisherige Anbaufläche nicht ausdehnen können. Eine Wasserpumpe und ein Motor kosten etwa 200 000 Soles (rund 12 000 DM). Die Bauern von Reque haben den schwierigen Versuch unternommen, ihre Probleme selbst kollektiv zu lösen. Gegenüber den vom kapitalistischen Standpunkt her verfallenden Kooperativen, deren Genossenschaftsmitglieder mehr und mehr verkleinbürgerlichen, bilden heute die kollektiven Landbesetzer den fortschrittlichsten Teil der Landbevölkerung. Außer in Reque fanden noch in anderen Teilen Perus derartige Landbesetzungen statt. Allein in Andahuaylas wurden 1974 70 Haciendas besetzt.

Damit den Bauern die ersten fruchtbaren Erfolge ihres Kampfes und ihrer Arbeit nicht buchstäblich wieder verdorren, benötigen sie vordringlich die Wasserpumpe. Bei deren Beschaffung kann ihnen eure Spende helfen.

Spenden überweist bitte auf das Postscheckkonto M. Kuhlmann, Hamburg Nr. 3579 94 - 205 mit dem Stichwort »Wasserpumpe«.

Bericht über die gegenwärtige Lage

1. Allgemeine Situation

Die augenblicklichen politischen Vorgänge in Peru müssen auf dem Hintergrund der sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise im Lande beurteilt werden. Die wirtschaftlichen Probleme Perus sind aber nicht nur, wie es die offizielle Seite immer darzustellen versucht, Reflexe der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems, sondern sie haben auch eine Reihe spezifisch peruanischer Ursachen, die aufs engste mit der bisher betriebenen und nun sich ihrem Ende nähernden Reformpolitik zusammenhängen.

a) Die Einführung der Industriegemeinschaften (Comunidad Industrial), d.h. der peruanischen Form der Mitbestimmung, hat den nationalen Kapitalismus geschwächt, ohne gleichzeitig der Arbeiterschaft zu nützen. Die Maßnahme, ohne effektive Kontrolle der Kapitalflucht durchgeführt,

bewirkte die Dekapitalisierung vieler Betriebe durch ihre Eigentümer. Außerdem sind die einheimischen Kapitalisten nicht bereit, in die mitbestimmten Betriebe zu investieren.

b) Einer der wichtigsten Programmpunkte der Reformpolitik, die Agrarreform, hat sich inzwischen als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Sie diente ohnehin nicht der großen Masse der 6 Millionen Menschen umfassenden Landbevölkerung. Die reformierten Betriebe, die nach kapitalistischem, betriebswirtschaftlichem Muster organisiert wurden, erfüllten weder in bezug auf die Gewinnentwicklung noch in bezug auf die Steigerung der absoluten Produktion die Erwartungen, die in sie gesetzt wurden. Im wichtigsten Zweig der Landwirtschaftsproduktion, der Zuckererzeugung, befinden sich bereits 5 von insgesamt 12 Zuckerkooperativen mit eigener Fabrik in den roten Zahlen. Die ständig als Musterbeispiel angeführte SAIS Tupac Amaru hat ihre Arbeiter seit zwei Monaten nicht bezahlt, zur Lohnbeschaffung beginnt sie bereits ihr Vieh zu verkaufen. Im reformierten Agrarsektor stieg die Produktion 1973 um 2,4 %; 1974 um 2,3 %, der Zuwachs für 1975 wird auf 2,5 % geschätzt. Damit liegt er aber noch unter dem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 3 %. Die Folge davon ist eine ständige Verknappung des heimischen Lebensmittelangebots, so daß jedes Jahr für teure Devisen mehr Nahrungsmittel vom Ausland eingeführt werden müssen.

Als weiteres verschärfendes Moment hat sich die verfehlte Politik ausgewirkt, Flächen, die der Lebensmittelproduktion dienten, in Flächen zur Erzeugung von Exportrohstoffen umzuwandeln, wie es an der peruanischen Küste geschah, indem Mais- und andere Felder der Baumwoll- und Zuckerproduktion weichen mußten. Nach dem Preiseinbruch für diese Produkte auf dem Weltmarkt genügen die von diesem Bereich erwirtschafteten Devisen nicht mehr, um die Nahrungsmittelimporte zu finanzieren. In Peru selbst wird ständig mit Lebensmitteln spekuliert. In diesen Tagen wird das Brot verknappt, um eine Erhöhung des Brotpreises zu erzwingen. Peru, das über die Hälfte seines Zuckers exportiert, hat nicht genügend Zucker zur Versorgung der eigenen Bevölkerung!

c) Ein weiterer spezifisch peruanischer Beitrag zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung ist das Fehlschlagen vieler ehrgeiziger Industrieprojekte, die von der Reformbürokratie ausgeheckt worden sind. Teilweise durch ihre eigenen falschen und beschönigten Daten getäuscht, teilweise aber auch aufgrund von Fehlplanungen und Fehlspekulationen haben sich einige dieser Projekte zu gigantischen Pleiten entwickelt, für die nun die Bevölkerung insgesamt zur Kasse gebeten wird. Einer der bekanntesten Fehlschläge ist das Renommierprojekt "Erdöl aus dem Amazonas".

In völliger Überschätzung der Ölvorkommen im Urwald begann Peru den Bau einer gewaltigen Erdölleitung vom Amazonas über die Anden bis zur Küste und verschuldete sich zur Finanzierung der Ausrüstung in Höhe von 600 Millionen Dollar. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß weder nach der Dichte und Reichhaltigkeit der Erdölvorkommen noch von der Qualität des gefundenen Erdöls her eine rentable Ausbeutung der Ölquellen zu erwarten ist.

Während in Venezuela Quellen, die weniger Erdöl als 3000 Barrels täglich ergeben, und am persischen Golf mit einer geringeren Förderleistung als 4000 Barrels als unwirtschaftlich angesehen werden, muß Peru sein Amazonasöl aus Quellen fördern, deren durchschnittliche Tagesleistung zwischen 1500 Barrels (bei Trompeteros) und 350 Barrels (bei Pava-yacu) liegt. Außerdem ist das Rohöl zu schwer. Nach internationalen Maßstäben liegt die Grenze der wirtschaftlichen Ausbeutung bei 20 API (die algerischen Quellen haben durchschnittlich Rohöl von einer Qualität von 45,4 API, während die Quellen mit dem schwersten Erdöl in Venezuela bei 17,8 API liegen). Das peruanische Erdöl vom Amazonas hat aber durchschnittlich nur 15 API. Damit dieses zähe Erdöl überhaupt durch die im Bau befindliche Erdölleitung fließen kann, muß schon

mitten im Urwald eine Raffinerie gebaut werden, die das Schweröl entsprechend umwandelt. Eine solche Raffinerie ist natürlich mit unverhältnismäßig höheren Kosten verbunden als eine entsprechende Anlage an der Küste. Selbst wenn sich das Erdöl rentabel ausbeuten läßt oder sich in dem letzten noch nicht erforschten Drittel der Selva wider Erwarten noch besseres Erdöl finden sollte, wird die Förderung kaum ausreichen, um die bereits entstandenen Kosten abzudecken. Die nach den bisher gemachten Funden korrigierten Erwartungen gehen von einer Ölmenge von 500 Millionen Barrels aus. Diese wären in 12 Jahren ausgebeutet, d.h. der Oleoducto könnte vielleicht gerade damit bezahlt werden.

Derartige gigantische Fehlinvestitionen treffen Peru gerade deshalb besonders hart, weil die Kredite, mit denen sie finanziert werden, zum großen Teil zu harten und für Peru ungünstigen Bedingungen abgeschlossen wurden und der veranschlagte Gewinn schon auf Jahre hinaus zur Schuldentilgung verplant wurde. Selbst die offiziellen Zahlen spiegeln die negative Entwicklung der Zahlungsbilanz wider.

Jahr	1974	1975	1976	
Güterexport	1.575	1.742	1.950	in Mio Dollar
Güterimport	1.999	2.491	2.740	"
Handelsbilanz	- 426	- 749	- 790	"
Schuldendienst	- 383	- 526	- 599	"
Zahlungsbilanz-	- 809	- 1.275	- 1.389	"
defizit insgesamt				

(Zahlen des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen)

Obwohl sich die durch die Verschuldung vertiefende Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern bisher nicht gerade segensreich für die peruanische Wirtschaft ausgewirkt hat, wird die bisherige Politik der Auslandsverschuldung fortgesetzt. Zum Mai 1975 hat die peruanische Regierung bei der Weltbank die Finanzierung von weiteren Projekten im Werte von 3,5 Milliarden Dollar beantragt. Je höher die Auslandsverschuldung aber ansteigt, umso weniger Werte bleiben, um den Bedarf der einheimischen Bevölkerung zu decken. Denn in weiten Bereichen muß die peruanische Wirtschaft nur dafür akkumulieren, um fristgemäß die Auslandsschulden zu begleichen. Nicht nur Anbaufläche für den eigenen Lebensmittelbedarf mußte der exportierenden Landwirtschaft weichen. Auch neue Industrieprojekte stehen im Dienst der Devisenbeschaffung und dienen nicht der Befriedigung des unmittelbaren Warenbedarfs im eigenen Lande. Eines der größten Industrialisierungsprojekte PEPESCA, ein Fischereikomplex mit 6 fischverarbeitenden Produktionslinien in Paíta, an dem der Staat zu 98 % beteiligt ist, dient hauptsächlich dem Zweck, den internationalen Markt mit hochwertigen Fischprodukten zu versorgen (Thunfisch-, Sardinenkonserven usw.) und so Devisen für Peru zu beschaffen.

Auch die Abwertung des Sol gegenüber dem Dollar um rund 16 % soll der Förderung des Exports dienen, indem peruanische Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger werden. Die Nachteile der Abwertung, das Ansteigen der Preise für Haushaltsgeräte, Ersatzteile aus dem Ausland usw. hat die Bevölkerung insgesamt zu tragen.

Da die Gewinne bei vielen der geplanten und ins Leben gerufenen Reform- und Industrialisierungsprojekten ausblieben oder nicht in der erwarteten Höhe eintraten, versuchte die Regierung Velasco durch die Verkündigung von Lohnstopps und die Verschärfung der Streikgesetzgebung (es ist kaum noch möglich, einen "legalen" Streik durchzuführen) die Akkumulationsmöglichkeiten zu verbessern.

Gleichzeitig bekommt die Bevölkerung den Druck der Inflation zu spüren, der sich allerdings für die verschiedenen Einkommensschichten unterschiedlich auswirkt. Nach einer Übersicht in Mark vom 12. Juli 1975 stiegen die Lebenshaltungskosten in Lima wie folgt:

Durchschnittliches Monatseinkommen	% Familien d. Stadt Lima	Anstieg der Lebenshaltungskosten		
		1973	1974	Jan.-Apr. 1975
4.658 Soles	48 %	11,1 %	19,5 %	11,7 %
9.808 Soles	37 %	12,8 %	17,2 %	9,4 %
20.013 Soles	15 %	12,1 %	14,8 %	7,2 %

Die Folge ist eine Serie von Streiks zur Reallohnabsicherung. Siehe dazu weiter unten.

Im Monat Oktober 1975 wurde der Anstieg der Lebenshaltungskosten noch durch die Verknappung des Kleingeldes verschärft. Da der Metallwert des als Geldstück zirkulierenden Sol infolge der jahrelangen inflationären Entwicklung den 3 bis 5-fachen Wert des Nominalwertes hatte, wurden die peruanischen Hartgeldsoles in Ecuador kiloweise aufgekauft und dort zu Schmuck und Rohbronze verarbeitet, so daß plötzlich kein Kleingeld mehr in Peru zu finden war. Teilweise traten Kaugummi und Streichhölzer als Ersatzwährung an die Stelle des Hartgeldes. In vielen Fällen stieg der Preis von Produkten, die weniger als 5 Soles gekostet hatten, auf 5 Soles an, da dann mit den nach wie vor reichlich vorhandenen 5-Soles-Scheinen bezahlt werden konnte. Inzwischen sind zumindest in Lima wieder genügend Soles in Hartgeld im Umlauf. Im Vergleich zum früheren Sol ist das neue Geldstück allerdings winzig.

Immer noch herrscht der gleiche hohe Grad an Arbeitslosigkeit. Von 13,5 Mio Peruanern sind nur 3,8 Mio ökonomisch aktiv, fast 100.000 davon sind Kinder zwischen 6 und 14 Jahren. Seit neustem nimmt die Arbeitslosigkeit noch zu, da in vielen Unternehmen einschließlich der Staatsbetriebe Teile der Belegschaft entlassen werden.

2. Regierungswechsel Velasco/Morales Bermudez

Die Regierung Velasco reagierte auf die anhaltende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in erster Linie mit Repressionen gegenüber den streikenden Arbeitern, aber auch gegenüber den Intellektuellen mit Verschärfung der Streikgesetzgebung, Verschärfung der Zensur der inzwischen sozialisierten Presse und der Berichterstattung in Radio und Fernsehen und säuberte den Regierungsapparat von Beamten und Funktionären, die öffentlich auf die kritische wirtschaftliche Lage hingewiesen hatten und die Ausweglosigkeit der Velascoschen "Reformpolitik" aufzeigten.

Mit dem Putsch von Morales Bermudez ist für Perus Arbeiterklasse keine wesentliche Änderung verbunden, ein Machtwechsel, an dem sie ja auch überhaupt nicht beteiligt war. Zwar wurde zunächst die Politik der harten Hand etwas gelockert. Der neue Präsident amnestierte eine Reihe von Gefangenen, ließ neben der sozialisierten Presse wieder eine freie Presse zu und setzte viele der von Velasco herausgesäuberten "linken" Bürokraten wieder in ihre Ämter ein. Gleichzeitig verkündete er eine Intensivierung und Vertiefung der bisherigen "revolutionären Reformpolitik", einen "neuen Frühling" der peruanischen Revolution. Aber Morales Bermudez ist in erster Linie Technokrat. Seine Politik wird letztlich auch von den materiellen Widersprüchen der peruanischen Ökonomie bestimmt, unabhängig von seinen Absichtserklärungen.

Mit der Ablösung des wichtigsten Reformers, dem General Podriguez Figueroa, hat Morales Bermudez der Bourgeoisie bereits ein Zeichen gegeben. Als einen der nächsten Schritte hat er ein neues Gesetz zur Industriegemeinschaft angekündigt. Danach sollen die Rechte der Gemeinschaft in Zukunft auf reine Gewinnbeteiligung beschränkt werden. Alle ihnen jetzt noch gewährten formalen Kontrollbefugnisse, das Recht, Bücher einzusehen, Entlassungen zu überprüfen usw. fallen dann in Zukunft fort. Eine Revision der Agrarreform steht auch in Aussicht.

Trotz allem Gerede vom Antiimperialismus und dem schrittweisen Übergang zum Sozialismus, von dem auch die neue Regierung redet, ist an-

zunehmen, daß es zu einer verstärkten Wiederannäherung zwischen den USA und Peru kommt, da immer noch 80 % der peruanischen Exporte in die USA gehen. Gerade mit seiner Kupfer- (und Zink-) Produktion hängt Peru fast vollständig von den Bedingungen ab, die die USA diktieren, weil diese es in der Hand haben, durch strategische Käufe und Verkäufe den Kupferpreis zu manipulieren oder im Einzelfall Präferenzen zu gewähren. Außerdem wird sich langfristig für Peru, ebenso wie seinerzeit für Chile, die Schlüsselstellung der USA bei den Umschuldungsverhandlungen bemerkbar machen, wenn Peru bei der anhaltenden schlechten Wirtschaftslage um Stundung der internationalen Rückzahlungsverpflichtungen einkommen muß. Diesbezüglich kann es sich sehr negativ auswirken, daß die USA sich selbst in einer Krise befinden.

Die Rechte ist heute nicht mehr so zersplittert wie noch vor wenigen Jahren, sondern ziemlich gut organisiert. Sie nutzte den neuen Pluralismus sofort, um 5 neue überregionale Zeitungen herauszubringen, die in einem fort vor der kommunistischen Gefahr warnen und sich bei den Lesern durch sensationelle Berichte über Korruption unter Velasco einzuschmeicheln versucht. Als hätten sie nicht selbst die Hände aufgehalten.

3. Reaktionen in der Arbeiterklasse

Nicht nur die Rechte organisiert sich stärker, sondern gleichzeitig beginnt auch die Arbeiterklasse an Kräften zu sammeln. Anzeichen dafür sind die langandauernden und häufig erfolgreichen Streiks in vielen Bereichen der Industrie, deren Hauptforderungen Lohnerhöhungen, Entlassungsstopps bzw. Wiedereinstellung Entlassener sowie das Recht auf Bildung unabhängiger Syndikate zum Inhalt haben. Mit einem Erfolg endete im November 1975 die Kraftprobe zwischen den 130.000 städtischen Arbeitern und der Regierung. Diese Arbeiter sollten von einer Lohnerhöhung um 1.600 Soles monatlich ausgeschlossen werden, die die Regierung den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gewährt hatte. Als Begründung diente, städtische Arbeiter stünden nicht im öffentlichen Dienst. Aber trotz Entlassungsdrohungen und Anzeigen wegen Verstoßes gegen die öffentliche Gesundheit (die Müllberge häuften sich in den Straßen), konnten die Arbeiter mit einem 17-tägigen Streik eine Lohnerhöhung von ca. 1.000 Soles erzwingen.

In Chimbote haben die Arbeiter der Fischereiindustrie kürzlich eine unabhängige Gewerkschaft gegründet, um den Kampf für ihre Interessen wieder aufnehmen zu können. Die Regierung hatte 1973 105 Fischereibetriebe mit 1 486 Schiffen, 9 211 Millionen Soles Schulden und ca. 45 000 Arbeitern verstaatlicht, die damaligen Gewerkschaften aufgelöst und die Arbeiter unter staatlicher Führung organisiert, was ihre Interessenvertretungsmöglichkeiten natürlich sehr stark einschränkte.

Eines der Hauptprobleme dieser Arbeiter ist der riesige Schuldenberg. Er ist jetzt noch genau so groß wie vor 2 Jahren, obwohl sie schon einen erheblichen Teil abgezahlt hatten - einmal, weil sie zur Schuldentilgung teilweise Kredite aufnehmen mußten, sich also neu verschuldeten, zum anderen, weil sie unverschämt hohe Zinssätze bezahlen sollen (bis zu 15 %) - das ganze ist also ein hoffnungsloses Unterfangen, ausgetragen auf dem Rücken der Arbeiter, die sich mit Niedrigstlöhnen zufrieden geben sollen.

In einer äußerst schwierigen Situation befinden sich auch die Arbeiterinnen der Textilindustrie. Obwohl dieser Sektor seine Produktion in den letzten 6 Jahren erheblich erweitert hat, kann er seit der Gründung des "Pakto Andino", der den Abbau der Zollschränken zwischen den Andenländern zum Inhalt hatte, nur schwer mit den kolumbianischen Produkten konkurrieren, die mit besserer technischer Ausrüstung wesentlich billiger hergestellt werden können. Die staatlichen Lösungsvorschläge für diese Probleme hießen: Lohnverkürzung,

Rationalisierung, Modernisation und Ausweitung der Betriebe. So begann 1974 eine Zeit der Entlassungen, Verschärfung der Arbeitsintensität (z.B. muß eine Person ohne Lohnausgleich statt 4 Maschinen jetzt 12 betreuen) und Überausbeutung. Da sich die fast 60 Textilgewerkschaften seit 1945 in den Händen der APRA befinden (der einzige Stützpunkt der APRA in der Arbeiterbewegung), sind die Streiks der Arbeiterinnen kaum erfolgreich, da sie völlig isoliert durchgeführt werden. So wurden z.B. nach 1968 keine neuen Lohnerhöhungen mehr festgelegt und das bei ständig steigenden Lebenskosten. Allein in diesem Jahr fanden bereits 37 Streiks von 40 - 80 Tagen Dauer statt, die sich hauptsächlich gegen Lohnverkürzung und Entlassungen richteten! Deshalb hat sich vor einiger Zeit ein Komitee gebildet, das versucht, alle Textilgewerkschaften im Kampf zu vereinen und die APRA ihrer Posten zu entheben.

Unter unmöglichen Bedingungen stehen auch viele Arbeiter bei der Erdölförderung. Seit 1973 werden mit texanischer "Hilfe" Erdölvorkommen im Departamento Madre de Dios in der Selva ausgebeutet. Heute sind mehr als 3.000 Arbeiter, deren täglicher Lohn zwischen 95 und 150 Soles lag (1 DM = 17,5 Soles), an weißer Lepra (Uta) erkrankt und entlassen worden, einige sind schon vor der Entlassung gestorben, weil es keine Versorgung mit Medikamenten gab. Im Juli dieses Jahres erreichten 125 der erkrankten Ex-Arbeiter mit einem Marsch auf Lima, daß sie wenigstens für ein Jahr lang eine geringe Unterstützung gezahlt bekommen.

Man könnte die Liste der Beispiele noch auf andere Industriebereiche ausdehnen, aber wir möchten jetzt auf die Situation der Bauern zu sprechen kommen. Denn auch auf dem Lande haben sich die unabhängigen Bauernbewegungen unter dem Einfluß der CCP weiter gefestigt und ausgedehnt.

4. Die Situation auf dem Lande

Schon erwähnt wurde, daß sich von den 12 Zuckerrohrcaps mit eigener Fabrik inzwischen 5 in den roten Zahlen befinden. Die Lage in den 4 großen Caps von Lambayeque sieht so aus:

Cayalti ist nach wie vor seit nunmehr 2 Jahren interveniert und kommt bisher nicht selbständig wieder flott. Der größte Sembrador von Cayalti (Ucupe) läßt sein Zuckerrohr jetzt in Tuman verarbeiten. Tuman steht kurz vor der Installation des Diffusors. Für weitere Zuckerrohrerntemaschinen ist zur Zeit kein Geld mehr vorhanden. Da aber der Zuckerrohrschnitt per Hand noch etwa gleichviel kostet, wird der Handbetrieb noch länger als vorgesehen aufrechterhalten. Tuman hat kein Geld mehr für Investitionen. In diesem Jahr werden auch keine Gewinne mehr an die Belegschaft ausgeschüttet. Der Geschäftsführer und der Leiter der Verwaltung einschließlich der Buchhaltung wurden inzwischen gefeuert. Radikal werden die Gelder für die berufliche Weiterbildung gestrichen. Dies betrifft insbesondere das Programm für "Basica Laboral" (Grundlagenunterricht für Erwachsene). Die Stimmung unter den Genossenschaftsmitgliedern ist unsicher. Vorläufig ist noch kein Ende der Individualisierung abzusehen. Verschiedene Mitglieder wollen die Kooperative verlassen, um in Lima oder anderswo zu arbeiten. Erstmals wird von der Gründung von Syndikaten gesprochen. Der juristische Berater des harten Kerns von einst ist zu SAF-CAP übergegangen und hat seitdem unter den Arbeitern nichts mehr zu melden. SAF-CAP interveniert fast bei jeder Unternehmensentscheidung und hat seine Kontrolle enorm ausgeweitet. Die Genossenschaftsmitglieder merken, daß sie nicht Eigentümer der Hazienda sind.

Pomalca ist inzwischen in den roten Zahlen und von SAF-CAP interveniert bzw. von der Agrarreformbehörde.

In Pucalá ist die Intervention bisher durch das Eingreifen des dortigen Syndikats abgewendet worden. Allerdings wurden über 200 Arbeiter entlassen.

Das Ausmaß der Repression durch die Regierung gegen die aufkommenden Widerstände zeigt sich z.B. in der Comunidad Campesino Querecotillo. Dieses 5.000 Einwohner umfassende Dorf wurde im Oktober dieses Jahres gewaltsam interveniert mit dem Ziel, alle politischen Agitatoren festzunehmen und den Rest der Einwohner auf die Seite der Regierung zu bringen. Querecotillo war nämlich in arge finanzielle Schwierigkeiten geraten durch die staatlich eingeführten Fixpreise für Baumwolle, die nur 75 % der Produktionskosten abdeckten, so daß die Löhne nicht ausgezahlt werden konnten. Begründung für die Intervention war, diesen Arbeitern helfen zu wollen, gegen die "Verantwortungslosigkeit" der gewählten Führer ihres Dorfes. Diese hatten nämlich öffentlich auf ihre Misere aufmerksam gemacht, Kredite angefordert und die schlechte Politik der Regierung im Agrarsektor angeprangert. Außerdem hatten sie 2 Kommissionen gebildet, die sich mit einer Neuorganisation der Comunidad, mit der Situation der Gelegenheitsarbeiter und der Suche nach Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bauern beschäftigten.

Die Intervention ging folgendermaßen vor sich: eine Besatzung der PIP nahm den Präsidenten der Comunidad im Gemeindehaus fest, der aber zunächst von einer mit Stöcken bewaffneten Gruppe von Frauen wieder befreit werden konnte. Zur gleichen Zeit kam eine Abteilung der Guardia Civil durch einen anderen Dorfeingang, bewaffnet mit Gewehren, Tränengasbomben, Revolvern usw., besetzten alle Büros und begannen, auf die Comunereros einzuschlagen, die ihrem Präsidenten zu Hilfe eilen wollten. Außerdem erschienen gleichzeitig ca. 50 Panzer und militärische Truppen, die ganz Querecotillo besetzten und die Bevölkerung anwiesen, in ihren Häusern zu bleiben. 2 Panzer stießen sogar bis zum Gemeindehaus vor und rissen dabei das Haus eines Comunereros um. Die Repression zeigte ihre stärksten Auswirkungen in den Teilen Querecotillos, die den größten Anteil an klassenbewußten Arbeitern aufweisen. Selbst Büroarbeiter wurden verhaftet und geschlagen, damit sie den Aufenthaltsort der linkspolitisch Aktiven im Dorf bekanntgäben und stärker mit der Regierung zusammenarbeiteten, aber ohne Erfolg. Man einigte sich schließlich darauf, den Präsidenten Alama - Mitglied der CCP - als den Alleinschuldigen für alles Übel anzusehen, er wurde verhaftet, sein derzeitiges Schicksal ist unbekannt.

Übrigens sollen auch einige der mit der Intervention beauftragten zunächst Widerstand gezeigt haben, zumindest haben sie die entsprechenden Anordnungen immer an andere abgeschoben, bis schließlich ein ehemaliger Grundbesitzer das Oberkommando über die Aktion übernahm.

Brief aus Peru vom 4.12.75

Die Leute, bei denen ich wohne, sind sehr fürsorglich und immer darum besorgt, daß es mir gut geht. Wir sprechen oft über die allgemeinen Verhältnisse hier.

Die Situation ist kurz folgende:

Die allgemeine Wirtschaftskrise hier spitzt sich mehr und mehr zu, die Reformpolitik ist an ihrem Ende angelangt. Das regierende Militär ist immer mehr in sich zerstritten. Die gegnerischen Klassen beginnen sich für die kommenden Auseinandersetzungen zu rüsten. Das Programm der Rechten für die Rettung des Landes steht fest, auf dieser Seite sind auch die Reihen fest geschlossen. Das Heil liegt darin, dem ausländischen Kapital bessere Investitionsbedingungen zu bieten. Das bedeutet konkret: Abschaffung der Industriegemeinschaft (der peruanischen Form von Mitbestimmung), Erleichterung der Gewinn- und Kapitalausfuhr, Verständigung mit den USA vor allem über die Rohstoffpreise, Revision der Agrarreform. Von der Bevölkerung ungehört verhallt der Puff der hiesigen KP, fest an der Seite der Reformer zu stehen und den Einbruch der Rechten in alle Schlüsselbereiche zu verhindern.

Aber auch die Bauern und die Arbeiterschaft formieren sich. Die CCP, die wichtigste Organisation der Bauern, gewinnt überall weiter an Boden, und zwar nicht nur in den bäuerlichen Dorfgemeinschaften, sondern auch mehr und mehr in den neugeschaffenen Kooperativen. Es sind auch erste Anzeichen für eine reale Allianz zwischen Bauernschaft und Arbeiterschaft festzustellen. Je weniger Spielraum den Reformern bleibt, umso mehr bricht die Strategie der bürgerlichen Gegenrevolution* in sich zusammen. So hatte die Regierung z.B. auf dem Lande die dortigen Klassenkampforganisationen und Gewerkschaften verboten und die Bauern mehr oder weniger gezwungen, den sogenannten "Ligas Agrarias" (Agrarligas) beizutreten. In diesen Ligen sollten die Bewegungen unter der Bauernschaft unter Kontrolle gebracht werden. Inzwischen schließen sich viele dieser von der Regierung mit konterrevolutionären Hintergedanken gegründeten Ligen der CCP an, oder wo die Führung weiter in der Hand von Regierungsanhängern bleibt, läuft die Basis davon. Einen ganz schweren Schlag hat diese Strategie neulich erlitten, als sich die 130.000 Beschäftigten im Fischereibereich von ihrer "gelben" Führung entledigt hatten. Die Gewerkschaftsführung befand sich in der Hand des MLR (Movimiento Laboral Revolucionario). Das MLR ist eine der APRA nahestehende Organisation, die ihren Einfluß in der Arbeiterschaft dadurch vergrößern konnte, indem sie wegen ihrer unmittelbaren Verbindung zu und ihrer Zusammenarbeit mit den Militärs immer wieder auf dem Verhandlungswege unter Vermeidung von Streiks etwas herausholte. Jetzt, wo die Regierung nichts mehr geben kann, sondern im Gegenteil Lohnstops trotz galoppierender Lebensmittelpreise dekretieren muß, bricht diese Strategie in sich zusammen. Verschwunden sind die großen Propagandaschilder von SINAMOS, der großen Mobilisierungsbehörde."

Die von der Regierung gegründete CTRP (Gewerkschaft) nimmt örtlich entweder an Bedeutung ab, oder ihre Basen erzwingen, daß die Führung mit der Harmonisierungsstrategie Schluß macht und wieder die Interessen ihrer Organisierten vertritt, was im Augenblick vor allem bedeutet, weitere Angriffe auf die Reallöhne zu verhindern.

Täglich finden hier Streiks zur Einkommenssicherung statt. Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht Arbeiter, Lehrer und andere in den Straßen Limas gegen die steigenden Lebenshaltungskosten protestieren.

Am besten überblicke ich noch die Entwicklung auf dem Lande. Seit dem 4. Kongreß der CCP (Zusammenschluß der revolutionären Bauern Perus), der zu einer Festigung der Organisation und zur Klärung ideologischer Differenzen führte, fanden viele Landbesetzungen statt. In der Provinz

Andahuaylas wurden 78 Großgrundbesitzer von ihren Ländereien vertrieben. In der Stadt Andahuaylas tagten "Volksgerichte", die die ehemaligen Grundbesitzer verurteilten, weil sie den Landarbeitern ihre Sozialleistungen vorenthalten hatten. Die Bewegung war so stark, daß die Regierung schriftlich die Besetzungen anerkannte und zusicherte, keine Verfolgungsmaßnahmen zu unternehmen. Dieser Erfolg stachelte die Bauern zu weiteren Maßnahmen an. Im Juli/August 1974 bereiteten sie einen Paro (Stopp) der gesamten Provinz Andahuaylas vor. Sie errichteten Straßensperren im ganzen Departement und begannen alle Zugänge zu kontrollieren, um zu verhindern, daß die Großgrundbesitzer Gegenkräfte um sich sammelten. Diese Aktion rüttelte einerseits an der formalen und wirklichen Exekutivbefugnis der lokalen Verwaltung. Da die Landbesetzungen sich auch über die Provinzgrenzen hinaus verbreiteten, verloren die Aktionen von Andahuaylas ihren örtlich begrenzten Charakter und stellten die Macht der Militärregierung und deren Berechtigung grundsätzlich in Frage. Es erfolgte daher eine Welle scharfer Repressionen, die zur völligen Rückgängigmachung der Besetzungen führte. Die Bauern wurden zu Hunderten gefangengenommen und erst wieder auf freien Fuß gesetzt, als sie unterschrieben hatten, daß die Landbesetzungen ein "Irrtum" waren, daß die Führer der CCP sie zu diesem Vorgehen mit Betrug angestiftet hätten usw. Eine Folge dieser zwischenzeitlichen Niederlage ist die Spaltung von Vanguardia Revolucionaria (VR), von der sich die PCR (Revolutionäre kommunistische Partei) abspaltete. Die PCR ist eine Sammlung von Intellektuellen der VR, die sich bestimmte Vorstellungen von der Kraft der CCP gemacht hatten und enttäuscht waren, daß die CCP den Repressionen der Regierung nicht genügend entgegenzusetzen hatte. Nach ihrer Meinung lag der Fehler der CCP darin, daß die CCP die Bauern nicht genügend über den reaktionären Charakter der Regierung aufgeklärt hat und nicht rechtzeitig den Kampf gegen "den Staatsapparat" eröffnet hat. Das ist natürlich völliger Unsinn. Nach einem Jahr ist die Politik der abgespaltenen PCR auch jämmerlich gescheitert. Viele Versuche von Landbesetzungen endeten einer nach dem anderen als Niederlage.

Die CCP sieht den Fehler dagegen darin, daß sie

- (1) die Kräfte ihrer Organisation überschätzt hat,
- (2) die Bauern politisch zu wenig vorbereitet hat,
- (3) sich nicht genügend um das örtliche Kleinbürgertum gekümmert hat,
- (4) sich zu wenig um die überregionale Information und Solidarität anderer Bereiche gekümmert hat,
- (5) noch keine Strategie in Bezug auf die Eroberung der politischen Macht gefunden hat.

* Unter dem Begriff "Strategie der bürgerlichen Gegenrevolution" ist in diesem Bericht die Reformpolitik der peruanischen Militärs zu verstehen, die sich mit "friedlichen" Mitteln (Agrarreform, Kooperativen usw.) gegen die Interessen und die Lebensgrundlagen der traditionellen (urkommunistischen) Dorfgemeinschaften richtet. Das Scheitern dieser Strategie, weil einerseits die Mittel und Voraussetzungen für "Reformen" schwinden, andererseits die Bauern sich dagegen massiv wehren, zwingt die Militärs zu offenen Repressionen, zu Gewaltmaßnahmen, die die gesellschaftlichen Gegensätze nicht mehr verschleiern. (Anm. d. Red.)

** SINAMOS wurde von der Bevölkerung so viel Widerstand entgegengesetzt, daß Basisorganisationen sich öffentlich gegen die Einmischungsversuche von SINAMOS wehrten (in Stellungnahmen z.B.) auf Demonstrationen gab es Anti-SINAMOS-Parolen und einige SINAMOS-Häuser wurden schon in Brand gesteckt (z.B. Cusco). Deshalb wird SINAMOS jetzt umstrukturiert und soll unter neuem Namen weiterarbeiten.

Diese Niederlage hat aber den Aufschwung der CCP bzw. der Bewegung der revolutionären Bauern nicht aufgehalten. In diesen Tagen haben sich in der Provinz Arequipa 35.000 Bauern der Bewegung angeschlossen. In dem Gebiet, in dem die Ligas Agrarias (Regierung) am stärksten waren, ist die größte Liga zur CCP gegangen. Bauern der SAISen gehen zur CCP. Am größten waren die Erfolge im Norden. Unerschütterlich halten die Landbesetzungen in Cajamarca an (zweitgrößte Provinz Perus der Bevölkerungszahl nach, größte ist Lima). Die größten Erfolge bleiben in Piura. Dort fanden schon Ende 73 großflächige Landbesetzungen statt. Viele tausend Hektar wurden dort um die Bauerngemeinschaft Querecotillo herum besetzt. Es ist das einzige Gebiet, in dem die Bauern den Zwangskaufvertrag mit der Regierung nicht unterschrieben haben, folglich das Land allein verwalten, ohne die Agrarschuld zu bezahlen. Dort haben sich auch die Bauern vielfach mit den Arbeitern aus den Kooperativen verbrüdet. Z.B. hatten sie einer Kooperative, die von SINAMOS aufgehetzt, sich gegen die Besetzer zur Wehr gesetzt, eine wichtige Maschine weggenommen, die sie ihnen nachher brüderlich zurückgaben, nachdem sie sie überzeugt hatten, daß es gegen den gemeinsamen Feind, die Großgrundbesitzer, heißt zusammenzustehen. Gleichzeitig richtete sich der Kampf gegen die vom Staat eingerichteten Vermarktungsmonopole, durch die sich der Staat einen großen Teil des erarbeiteten Mehrwerts aneignet. Gemeinsam mit den Genossenschaftsmitgliedern der Kooperativen wurden Flächen, die dem Rohstoffexport dienten, (Baumwolle, Zuckerrohr, Reis) in Anbauflächen für Lebensmittel umgewandelt, weil die Preise der staatlichen Handelsmonopole kaum die Produktionskosten deckten.

Etwa im Mai dieses Jahres fand in Querecotillo der 2. außerordentliche Kongreß der CCP statt, der ein noch größerer Erfolg wurde als der 4. ordentliche Kongreß. Um den Impulsen, die von diesem Kongreß für neue Landbesetzungen z.B. in Cajamarca ausgingen, einen Riegel vorzuschieben, und eine weitere Ausdehnung dieses Steppenbrandes zu verhindern, intervenierte die Regierung erstmals mit aller militärischen Gewalt. Das Dorf von Querecotillo wurde von 50 Panzern eingeschlossen und polizeilich und militärisch besetzt. Doch bisher haben sich kaum Dörfler gefunden, die bereit sind, sich von der Regierung als Verantwortliche einsetzen zu lassen. Die Reaktion war auch deshalb so scharf, weil die von Querecotillo ausgehende Bewegung gerade den Exportsektor der Landwirtschaft bedrohte (und noch bedroht) und damit die Regierung, die auf jede erdenkliche Weise versucht, Devisen heranzuschaffen, um ihre wachsenden Auslandsschulden zu tragen, in Schwierigkeiten brachte.

Ich höre hier erstmal auf (habe kaum angefangen)